

Überblick über die Struktur der Sanktionsvorschriften §§ 31 – 32 SGB II

I. Strukturmerkmale

- Die *Sanktionen* sind in den **§§ 31 - 32 SGB II** geregelt. Die Vorschriften teilen sich auf in die Tatbestandsvoraussetzungen (§§ 31 und 32), die Rechtsfolgen (§§ 31a und 32) sowie Beginn und Dauer (§ 31b) von Sanktionen.
- **§ 31** unterscheidet nach Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit der Eingliederung in Arbeit oder der Vorbereitung darauf und Pflichtverletzungen, durch die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erst oder zusätzlich erforderlich werden.
- **§ 31a** unterscheidet die Rechtsfolgen nach Pflichtverletzungen von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Alter bis 24 Jahre und den übrigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.
- **§ 31a** unterscheidet außerdem nach ersten, ersten wiederholten und weiteren wiederholten Pflichtverletzungen, die Rechtsfolgen sind danach abgestuft geregelt.
- **§ 31a Abs. 3** regelt die Erbringung ergänzender Sachleistungen in bestimmten Fällen. Dieser Absatz gilt für alle Leistungsberechtigten sowie für Pflichtverletzungen und Meldeversäumnisse einheitlich.
- **§ 31a Abs. 4** regelt die Anwendbarkeit der Sanktionsregelungen bei Pflichtverletzungen von nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.
- **§ 31b** regelt Beginn und Dauer; beim Sanktionsbeginn wird die Besonderheit einer zeitgleichen Sperrzeit im SGB III berücksichtigt.
- Die Meldeversäumnisse sind separat in **§ 32** geregelt. Die Vorschrift enthält Tatbestände, Rechtsfolgen sowie Regelungen zur Anwendung der übrigen Sanktionsvorschriften. § 32 gilt für alle Leistungsberechtigten einheitlich.

II. Tatbestände

- Die Tatbestände für eine Sanktion sind in den §§ 31 und 32 Abs. 1 abschließend geregelt.
- Tatbestände nach § 31 Abs. 1 und Abs. 2 Nummer 2 und 3 sind Pflichtverletzungen, die sich als fehlende Mitwirkung an der beruflichen Eingliederung darstellen (z. B. Verstoß gegen die Pflicht zur Einhaltung einer Eingliederungsvereinbarung, Ablehnung von Arbeit/Ausbildung/Arbeitsgelegenheit).
- Tatbestände nach § 31 Abs. 2 Nummer 1 und 2 sind die absichtliche Herbeiführung von Hilfebedürftigkeit und fortgesetztes unwirtschaftliches Verhalten.

- Tatbestände nach § 32 sind Meldeversäumnisse einschließlich ärztlicher oder psychologischer Untersuchungstermine.

III. Rechtsfolgen

Leistungsminderung bei Pflichtverletzungen nach § 31 SGB II

§ 31a Abs. 1: Leistungsberechtigte ab 25 Jahren

Erste Pflichtverletzung	30% des nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs
Erste wiederholte Pflichtverletzung	60% des nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs
Weitere wiederholte Pflichtverletzung	Wegfall des Alg II

§ 31a Abs. 2: Leistungsberechtigte unter 25 Jahren

Erste Pflichtverletzung	Beschränkung auf Bedarfe für Unterkunft und Heizung
Erste und weitere wiederholte Pflichtverletzung	Wegfall des Alg II

§ 31b: Alle Leistungsberechtigte

Beginn	Beginn des Folgemonats (Ausnahme: Sperrzeit nach § 159 SGB III: zeitgleich mit Sperrzeitbeginn)
Dauer	Drei Monate; bei Leistungsberechtigten unter 25 Jahren Verkürzung auf 6 Wochen möglich

Leistungsminderung bei Meldeversäumnissen nach § 32 Abs. 1 SGB II

§ 32 Abs. 1 Satz 1: alle Leistungsberechtigten

Jedes Meldeversäumnis	10% des nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs
-----------------------	--

Milderung der Sanktion

Erste Pflichtverletzung U 25 oder Erste Pflichtverletzung ab 25 und überlappend Meldeversäumnis	Bei Minderung > 30% des maßgebenden Regelbedarfs: auf Antrag ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistun- gen in angemessenem Umfang (Kann- Leistung, verpflichtend soweit minderjäh- rige Kinder im Haushalt)
Erste wiederholte Pflichtverletzung	Bei Minderung > 30% des maßgebenden Regelbedarfs: auf Antrag ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistun- gen in angemessenem Umfang (Kann- Leistung, verpflichtend soweit minderjäh- rige Kinder im Haushalt) Erbringung von KdU an Leistungsbe- rechtigte unter 25 Jahren möglich; Erklä- rung, künftig Pflichten nachzukommen, notwendig
Weitere wiederholte Pflichtverletzungen	Beschränkung der Minderung auf 60% des maßgebenden Regelbedarfs bei Leistungsberechtigten ab 25 Jahren möglich; Erklärung, künftig Pflichten nachzukommen, notwendig. Im Grundsatz auch Erbringung von KdU an Leistungsberechtigte unter 25 Jahren unter dieser Voraussetzung möglich.
Jede Pflichtverletzung U 25	Sanktionsdauer kann auf sechs Wochen verkürzt werden.